



## Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

Bericht der: Finanzkommission  
vom: 29. November 2012  
zur Vorlage Nr.: [2012-286](#)  
Titel: **Finanzplan und Finanzstrategie 2013-2016 sowie  
Investitionsprogramm 2013-2022**  
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



## Bericht der Finanzkommission an den Landrat

### Finanzplan und Finanzstrategie 2013-2016 sowie Investitionsprogramm 2013-2022

Vom 29. November 2012

#### 1. Ausgangslage / Bericht des Regierungsrates

Der Regierungsrat präsentiert dem Landrat den Finanzplan für die kommenden vier Jahre.

Der Bericht zeigt auf, welche finanzpolitischen Herausforderungen der Kanton in den kommenden Jahren bewältigen muss. Des Weiteren wird das Investitionsprogramm 2013 bis 2022 präsentiert.

Der vorliegende Finanzplan ist der zweite Finanzplan der laufenden Legislaturperiode.

In der Einleitung zum Finanzplan verweist der Regierungsrat auf das Regierungsprogramm 2012-2015, welches die strategischen Vorgaben des Regierungsrates umfasst. Die Finanzstrategie ist in die Strategie des Regierungsrates und die darin enthaltenen sieben strategischen Schwerpunktfelder eingebettet und berücksichtigt die finanzpolitischen Herausforderungen.

Der Regierungsrat führt zusätzlich aus, dass der Finanzplan, welcher lediglich die gebundenen und die bereits beschlossenen Vorhaben enthält, nach wie vor von einem moderaten wirtschaftlichen Wachstum und einer entsprechenden Entwicklung der Steuererträge ausgehe. Im Finanzplan eingerechnet ist die volumenmässig vollständige Umsetzung des Entlastungspakets 12/15. Die auf die Volksentscheide vom 17. Juni 2012 und den Umsetzungsstand der Ü-Massnahmen abgestimmte zeitliche Neuplanung sieht eine Verzögerung der Umsetzung des Gesamtvolumens von 180 Mio. Fr. auf das Finanzplanjahr 2016 vor. Mit der Realisierung der ambitionierten zeitlichen Neustaffelung des Entlastungspakets wird die Erfolgsrechnung 2015 in die schwarzen Zahlen geführt, und der Finanzplan prognostiziert für 2016 einen Überschuss von knapp 100 Mio. Franken. Entsprechend kann 2015 der Eigenkapitalverzehr gestoppt und mit dem Neuaufbau des Kapitalstocks begonnen werden. Auch wenn sich in der Finanzplanperiode das Eigenkapital deutlich über der für die Defizitbremse relevanten Schwelle von 100 Mio. Fr. bewegt, ist diese Trendumkehr notwendig. Das vorhandene Eigenkapital muss ausreichen, um zukünftig eine Rezession ohne Steuererhöhung gemäss Defizitbremse überstehen zu können.

#### 2. Kommissionsberatung

##### 2.1 Organisation

Die Finanzkommission behandelte den Finanzplan, die Finanzstrategie 2013-2016 und das Investitionsprogramm 2013-2022 an ihren Sitzungen vom 26. September und 21. November 2012 – in Anwesenheit von Regierungsrat Adrian Ballmer, Roger Wenk, Finanzverwalter, Ruedi Metzger, Leiter Abt. Finanzplanung und Controlling, sowie Roland Winkler, Vorsteher Finanzkontrolle.

Am 26. September und am Hearing zur Jahresplanung vom 24. Oktober 2012 erläuterten Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro, BUD-Generalsekretär Michael Köhn und Ernst Emmenegger, BUD, Leiter Abteilung Wirtschaft und Finanzen, das Investitionsbudget 2013 und das Investitionsprogramm 2013-2022.

##### 2.2 Eintreten

Die Finanzkommission ist mit 12:1 Stimmen auf die Vorlage eingetreten. Allseits wird betont, dass der Finanzplan ein hohes Qualitätsniveau erreicht hat. Es wird begrüsst, dass offen und übersichtlich aus Sicht der Regierung über die finanzielle Situation des Kantons Auskunft gegeben wird. Beim Finanzplan handle es sich um das wichtigste Steuerungselement und um die Grundlage zum Budget 2013.

Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass der Finanzplan lediglich die gebundenen und bereits beschlossenen Vorhaben enthält.

Hier einige (gekürzte) Auszüge aus der Eintretensdebatte der Finanzkommission:

Für die **SVP** fallen die Prognosen zu optimistisch aus. Die Umsetzung des Entlastungspakets sei unsicher; der politische Wille dafür fehle. Da die Investitionen nicht mehr aus eigenen Mitteln finanziert werden können, muss sich der Kanton weiter verschulden. Deshalb brauche es anstelle der Defizitbremse eine Schuldenbremse. Es brauche auch Massnahmen auf der Einnahmenseite. Damit dem Kanton die guten Steuerzahler erhalten blieben, müssten Massnahmen bei der Vermögenssteuer und Einkommenssteuer von Gutverdienenden ergriffen werden. Die Erhaltung des Steuersubstrats sei eine zentrale Aufgabe und sollte Hand in Hand mit der Wirtschaftsoffensive umgesetzt werden.

Für die **SP** zeigt der Finanzplan auf, dass der Kanton finanziell auf soliderem Grund als noch vor zwei Jahren stehe – nicht zuletzt dank der bereits umgesetzten Sparmassnahmen des Entlastungspakets. Allerdings kommen laut Investitionsprogramm zusätzliche Ausgaben, die nur in einer regionalen Zusammenarbeit zu bewältigen sind.

Im Bereich Universität / FHNW sind diese Ausgaben von erheblicher strategischer Bedeutung für die Region und deren Wirtschaftsentwicklung. Um die geplanten Standortverbesserungen zu realisieren, müssen die ÖV-Strukturen ausgebaut und muss in den Bereich Forschung und Bildung investiert werden.

Die **FDP** sieht den Finanzplan als ein im Vergleich zu den Vorjahren verbessertes Instrument. Es liege jedoch in der Natur eines Finanzplans, dass viele Unsicherheiten bestehen (u.a. bezüglich BLPK, HarmoS, demografische Entwicklung).

Die einmaligen Erhöhungen des Eigenkapitals gemäss HRM2 gehen in Ordnung, sind aber mit Vorsicht zu geniessen. Das Ziel, im Jahr 2016 einen Selbstfinanzierungsgrad von 65 Prozent zu erreichen, sei schwierig zu realisieren – wenn auch sehr wünschenswert.

Im Investitionsprogramm sind 2.1 Mia. Fr. bis 2022 vorgesehen. Diese Investitionen müssen genau auf ihre Notwendigkeit geprüft werden.

Die **Grünen** heben lobend hervor, dass die Regierung erstmals eine proaktive Herangehensweise gewählt habe, um den Kanton finanziell weiterzubringen. Im Vergleich zu früheren Jahren werden echte Massnahmen mit Wirkung im Finanzplan aufgezeigt und wird eine weniger defensive Investitionspolitik gewählt.

Die von den anderen Fraktionen erwähnten Risiken gilt es zu beachten. Deshalb sind Beschlüsse vorzubereiten, falls die Risiken eintreten.

Die **CVP/EVP-Fraktion** findet es richtig, dass die Steuerung über die Finanzen funktioniert. Der Landrat muss dabei auch mittun und die Bestrebungen der Regierung unterstützen. Aus Sicht der Gemeinden wird die Frage der Demografie noch einiges an Arbeit fordern. Der Gürtel wird enger geschnallt werden müssen, aber die bisherigen Anstrengungen werden begrüsst.

Die **glp/BDP-Fraktion** ist der Meinung, die Finanzsituation würde systematisch beschönigt, indem u.a. stille Reserven aufgelöst werden. Obwohl der Kanton von einer bürgerlichen Regierung und einer bürgerlichen Mehrheit im Landrat regiert worden sei, habe sich die finanzielle Situation massiv verschlechtert. Bezüglich der Defizitbremse möchte die glp/BDP-Fraktion noch weitergehen als andere Fraktionen und ein Defizitverbot einführen.

Ein strukturelles Problem stelle die schwache Position der Gemeinden dar, deren Ausgaben in der Regel zu 95 Prozent gebunden seien. Die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt sei ein weiteres Problem, und erst nach einer Fusion mit Basel-Stadt könne sich der Kanton aus dieser Lage befreien.

## 2.3 Detailberatung

### Uni / FHNW

Auf entsprechende Fragen aus der Kommission bestätigt Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro, dass der Uni-Neubau / Instandsetzung Schällemätteli (Biozentrum) und der Neubau FHNW zu den vertraglich gebundenen und priorisierten Positionen im Investitionsprogramm zählen. Bei der Uni handelt es sich um die hälftige Beteiligung des Kantons Baselland als Trägerkanton.

### Ü-Massnahmen

Im Zusammenhang mit einer gewissen Unsicherheit, ob alle direktionsübergreifenden Entlastungsmassnahmen umgesetzt werden können, informiert der Finanzdirektor wie folgt:

Die Regierung habe grundsätzlich beschlossen, dass kompensiert werden müsse, was nicht umgesetzt werden könne. Das – verfassungsmässige – Ziel eines ausgeglichenen Haushalts sei innerhalb der Regierung nicht verhandelbar.

### Rollende Investitionsplanung

Die Finanzkommission nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Regierung bereits im 1. Quartal 2013 in einer Klausur die Priorisierung der Investitionsprojekte überprüfen wird. Dabei sei denkbar, dass zurückgestellte Projekte aufgrund einer Neubeurteilung eher realisiert werden. Es könnte zu Umschichtungen von Investitionsprojekten kommen, aber diese dürften nicht zu einer Ausweitung des Investitionsvolumens führen.

## 3. Anträge

- 3.1. Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 10:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen, den Finanzplan 2013-2016 zu genehmigen.
- 3.2. Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 12:1 Stimmen, von der Investitionsplanung ab 2017 bis zum Jahre 2022 Kenntnis zu nehmen.

Binningen, den 29. November 2012

Namens der Finanzkommission

Der Präsident:

Marc Joset